



Stuttgart 21: Wir werden es verhindern! Wieso, weshalb, warum?

Da haben die 67.000 Stuttgarterinnen und Stuttgarter innerhalb von 6 Wochen einen Bürgerentscheid zu Stuttgart 21 verlangt, und was machen die Gemeinderatsmehrheit und ihr Herr Vorsitzender? Sie lehnen den Bürgerentscheid ab. Verstecken sich dabei hinter einem bestellten Gefälligkeitsgutachten.

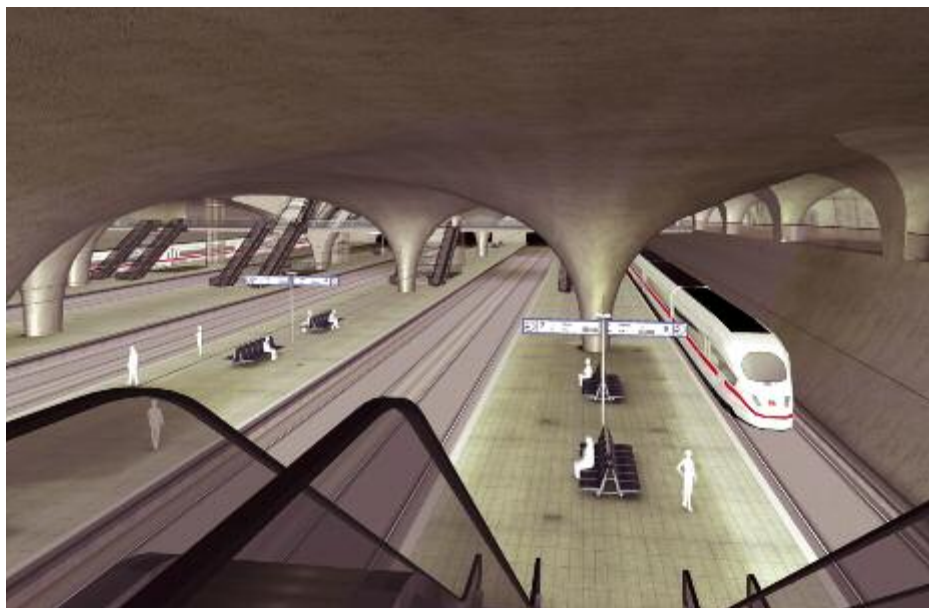
Und wie reagiert die Bevölkerung darauf? Zuerst mit Entsetzen, dann mit leicht einsetzender Resignation: Die machen ja doch was sie wollen, das haben wir schon immer gewusst, war die aufgekommene Stimmung.

Das war im Winter 2007. Jetzt ist Herbst 2008 und siehe da: Der Widerstand lebt längst wieder (auf). Bei einer spontanen Demo auf dem Marktplatz im April kamen 1.500 BürgerInnen; bei der Geburtstagsparty auf dem Schlossplatz zum achtzigsten Geburtstag des Kopfbahnhofes unterschrieben 4.500 Menschen die über 50 Meter lange Geburtstagskarte.

Der Kampf gegen dieses Projekt der Banken und Baukonzerne geht also weiter. Und er ist auch nicht aussichtslos. Denn:

■ Noch sind keine Finanzierungsverträge zwischen Bahn, Bund und Land unterschrieben. Das wird auch ein großes Problem sein, denn die von Vieregge und Rößler gerechneten Kosten zwischen 6,9 und 8,7 Mrd. Euro können nicht mehr aus der Welt geschwiegen werden. Jede Finanzierungsvereinbarung muss diese Zahlen entweder akzeptieren oder widerlegen. Und finanzieren! Viel Spaß!

■ Die Bahn muss ihre Planungen für den Flughafenanschluss völlig neu beginnen. Die bisherige Planung wird nicht genehmigt. Mehrkosten von über 100 Mio. Euro. Wer zahlt die? Übrigens: Zwei Planfeststellungsab-



In so einem „Loch“ sollen unsere Milliarden verbuddelt werden, bei fast halbiert Leistungsfähigkeit des bisherigen Kopfbahnhofs!

Bild: Fraunhoferinstitut Stuttgart

schnitte sind bisher weder ausgelegt, noch erörtert, noch planfestgestellt.

■ Den Projektpartnern Bund, Land und Stadt ist die Bahn abhanden gekommen. Der bisherige Projektleiter Marquard wurde gefeuert und seitdem scheut die Bahn nicht nur jede Öffentlichkeit sondern auch ihre „Partner“. Sie taucht regelrecht ab. Und die Anderen stehen jetzt dumm da nach dem Kostengutachten von Vieregge und Rößler.

Jahrelang wurde behauptet, Stuttgart 21 sei alternativlos. Jetzt, wo der (mittlerweile dritte) „große Durchbruch für Stuttgart 21“ im Juli 2007 erfolgte, kümmert man sich plötzlich um die Alternative Kopfbahnhof 21: SSB-Technikvorstand Arnold versucht landauf, landab nun die Vorschläge zum Kopfbahnhof 21 schlecht zu machen. Ja wieso denn, wo man doch angeblich gleich mit Stuttgart 21 zu bauen anfangen wird?

Die Stuttgart 21-Betreiber machen derzeit einen konfusen Eindruck. Aber sie haben Millionen für Propaganda. Mit denen konnten sie zwar bislang nichts anfangen, aber die nächste Propagandawelle hat Schuster schon angekündigt. Dennoch wird sich die Meinung der StuttgarterInnen nicht ändern. Schad' um's Geld. Auch um die 112 Mio. Euro, die der Flughafen auf Anweisung von Landesregierung und Stadt an die Bahn AG überwiesen hat. Einfach so, ohne Gegenleistung. In seinem neuesten Antrag will SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch von OB Schuster wissen, ob das nicht schon Veruntreuung von Steuergeldern ist.

Gangolf Stocker

Sprecher der Initiative „Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21“

Mehr (auch zum Stuttgart 21-Kartell): www.leben-in-stuttgart.de



Sind im Stuttgarter Rathaus Verfassungsfeinde am Werk?

Im Artikel 5 des Grundgesetzes steht im 1. Absatz: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten... Eine Zensur findet nicht statt“.

Das sind eigentlich klare Aussagen, die jede/r verstehen müsste. Nicht aber im Stuttgarter Rathaus. Wenn in Stuttgart jemand einen Informationsstand beantragt, so muss er/sie – damit alles in „geordneten Bahnen“ verläuft – mindestens 7 unterstützende Personen benennen. Außerdem darf man sich nur zu kommunalpolitischen Fragen äußern: wer sich zu weltpolitischen Fragen äußern will bekommt keine Genehmigung.

Nun – es muss ja kein Infostand sein – ein Flugblatt geht ja auch.

nehm ist, das Recht auf freie Meinungsäußerung in Schriftform in Stuttgart einfach mal außer Kraft gesetzt wird.

Also: Infostand gibt's nicht, Flugblatt teuer und wird nicht genehmigt. Da war doch noch was – Wort, Schrift und Bild – also ein tragbares Plakat, Sandwich genannt. Aber halt: „das Tragen von Informationen durch eine Person (vor und hinter dem Körper, sog. Sandwich-Plakat) sind nur zugelassen für Parteienwerbung (sechs Wochen vor Wahlen und für Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung)“. So steht es in den Sondernutzungsrichtlinien für die Innenstadt.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung in Bildform kann also nur als Partei im Wahlkampf wahrgenommen werden. Und in den Stadtbe-

kämen. Antwort laut Amtsblatt Nr. 17 vom 26. April 2007: OB Wolfgang Schuster betonte, diese (die Möglichkeiten der politischen Meinungsäußerung) seien in den Grundrechten verbrieft. Die Sondernutzungsrichtlinien würden nicht dazu benutzt, Demonstrationen oder sonstige Grundrechte einzuschränken.

Günter Klein

SÖS im Rathaus

Seit fast 5 Jahren sitzt Hannes Rockenbauch für SÖS im Stuttgarter Rathaus. Hier steht er für einen grundsätzlichen Politikwechsel, mit



der Vision einer lebendigen Politik und zurückgewonnener Gestaltungshoheit aller Stuttgarter. Seine Motivation ist ein nachhaltiges und sozial gerechtes Stuttgart. Seit 1994, damals noch als Jugendrat, kämpft er gegen Stuttgart 21 und für mehr Demokratie statt Arroganz der Rathausoberen im Umgang mit den BürgerInnen. Wer mehr über die Arbeit von SÖS im Rathaus wissen will, findet unter www.s-oe-s.de nicht nur Infos, sondern auch die Termine der offenen SÖS-im Rathaus-Sitzungen.

Impressum

Herausgeber:

Stadtrat Hannes Rockenbauch (SÖS)
Büro im Rathaus:
Telefon: 0711 216-1950
Telefax: 0711 216-951950
Handy: 0176 23952221
hannes.rockenbauch@stuttgart.de
www.s-oe-s.de

Sprechstunde SÖS im Rathaus:

Mittwoch 17–18.00 Uhr, Raum 035a

Redaktion und Produktion:

Michael Weiß, Eugenstraße 12,
70182 Stuttgart, Tel. 0711 260958

Spenden an SÖS im Rathaus

Wenn Sie die Arbeit von Hannes Rockenbauch unterstützen wollen, überweisen Sie bitte Ihre Spende auf folgendes Konto: Kontoinhaber: SÖS Stuttgart Ökologisch Sozial, GLS Gemeinschaftsbank eG, Kto.-Nr. 68998700, BLZ: 43060967.

Bitte geben Sie als Verwendungszweck Spende und, sofern Sie eine Zuwendungsbestätigung brauchen, Ihre vollständige Anschrift an.



Polizeikontrolle am Infostand von „Leben in Stuttgart“ hinter dem Rathaus am 21. 06. 2008

Foto: Klaus Gebhard

Nicht so in Stuttgart. Das Verteilen von Flugblättern ist genehmigungspflichtig, wird man belehrt und kostet 15,- €. Dass die Wahrnehmung eines Grundrechtes 15,- € kostet, scheint eine Stuttgarter Erfindung zu sein. Außerdem ist es gar nicht sicher, dass man überhaupt Flugblätter verteilen darf. Es heißt ja nur, die Genehmigung *kann* erteilt werden. Erst muss mitgeteilt werden, wie viele Menschen wo verteilen wollen und dazu muss ein Muster des Flugblattes eingereicht werden. Der Verdacht liegt nahe, dass, wenn der Inhalt nicht ge-

zirken? Da muss erst ein Foto dem zuständigen Bezirksbeirat vorgelegt werden und wenn dieser dann keine Einwände hat, kann diese Form der freien Meinungsäußerung genehmigt werden, auch wieder nur *kann*. Was das Tragen eines Plakates dann kostet ist bisher noch unbekannt.

SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch trat in der Gemeinderatsitzung, als die angeführten Sondernutzungsrichtlinien beschlossen wurden, dagegen auf, weil die Möglichkeiten der politischen Meinungsäußerung seiner Meinung nach darin zu kurz